

## **Positionen zum Corona-KiTa-Rat am 04.01.2021 bzw. zur Ministerpräsidentenkonferenz am 05.01.2021**

**BEVKi – Bundeselternvertretung der Kinder in  
Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege**

### **BEVKi-Vorstand**

#### **Bundeselternsprecher\*innen**

Axel Brieger (Schleswig-Holstein)  
axel.brieger@bevki.de

Janine Herzberger (Niedersachsen)  
janine.herzberger@bevki.de

Stéphane Lacalmette  
(Baden-Württemberg)  
stephane.lacalmette@bevki.de

Katharina Queisser (Berlin)  
katharina.queisser@bevki.de

Asif Stöckel-Karim (Rheinland-Pfalz)  
asif.stoeckel.karim@bevki.de

Berlin, 03.01.2021

Es muss mit Vernunft auf das regionale Ausbruchsgeschehen reagiert werden. Anders als es sich teilweise in letzter Zeit in den sozialen Medien darstellt, sind Eltern und ihre demokratisch gewählten Vertreter durchaus in der Lage innerhalb der dargestellten Problemfelder zu differenzieren, denn viele Eltern gaben ihre Kinder nicht in die Betreuung.

Wir sehen folgende Kernthemen:

- Gesamtgesellschaftliche Verantwortung in Bezug auf Leben und Gesundheit
- Kindeswohl bzw. die Rechte der Kinder
- Existenzsicherung der Familien
- notwendige Erwerbstätigkeit und Familie vereinbaren.

Dies sind gleichwertige Güter die gegeneinander abgewogen werden müssen. Unser Anspruch an die Politik ist, dass noch sorgfältiger abgewogen wird ob weitere Einschränkungen notwendig sind und wie diese sich solidarisch leistbar und verlässlich umsetzen lassen. Essentiell sind direkte Kommunikationswege um zukünftige Planungen frühzeitig, belastbar den Akteuren zur Verfügung zu stellen.

Sollten (Teil-)Schließungen in Bereichen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (im Weiteren nur als „KiTa“ bezeichnet) weiterhin erforderlich sein, fordern wir mindestens folgendes:

- eine „echte“ Unterstützung der arbeitnehmenden Elternteile durch zusätzliche, vom Bund finanzierte Urlaubstage (die neu beschlossene halbherzige Regelung im Zuge des Infektionsschutzgesetz bringt z.B. für die Eltern von Kindern in einer Kindertageseinrichtung keinerlei Verbesserung und insgesamt ist diese Lösung immer vom Goodwill des Arbeitgebers abhängig)
- Neuauflage des im Grunde hervorragenden unkomplizierten „Corona Kinderbonus“ in Höhe von 1000 € pro Kind und Monat
- Anerkennung und Festlegung, dass die Betreuung von Kindern nicht zeitgleich mit Home-Office-Lösungen zu vereinbaren ist (z.B. bei dem Anspruch auf Notbetreuung als festgelegte alternative Betreuungsmöglichkeit als auch beim Anspruch auf Lohnersatzleistung nach IfSG). Wir fordern hier kurzfristig ein Forum in dem sich die Bundesministerien mit Arbeitgebern und den arbeitnehmenden Eltern zusammensetzen und gemeinsam langfristig tragbare Vereinbarkeitskonzepte entwickeln
- Schließungen und Einschränkungen des Rechtsanspruches auf frühkindliche Bildung sind einzig auf behördliche Anordnung nach genau zu definierenden Regelungen überhaupt denkbar und legitim, Einrichtungen und Träger sind nicht legitimiert darüber zu entscheiden und dürfen hier nicht allein gelassen werden.
- verlässliche Konzepte zur Wiedereröffnung
- verlässliche Konzepte zum Kinderschutz während der Schließungen (u.a. Risikogruppen, hilfsbedürftige Familien, Kinder mit besonderem Förderbedarf, Inklusion, Kindeswohlgefährdung) Kindertageseinrichtungen sind neben dem Bildungsauftrag auch Institutionen die den Kinderschutz erfüllen in dem sie Prävention und Intervention in der pädagogischen Arbeit gewährleisten, dieser Auftrag kann nicht erfüllt werden, wenn die Kinder nicht in der Einrichtung sind.
- Verpflichtung der Kindertageseinrichtungen, geeignete Wege zur Kommunikation und Kontaktaufnahme mit den Kindern zu Hause zu finden und auszuführen
- Sicherstellung des Betriebes in allen nicht behördlich geschlossenen Kindertageseinrichtungen im Rahmen der vertraglich vereinbarten Betreuungszeit (keine willkürlichen Einschränkungen und Schließungen auf Träger- oder Leitungsebene der Kindertageseinrichtungen)
- Notbetreuung muss für alle jene Familien gewährleistet sein, die einen familiären Bedarf auf frühkindliche Bildung haben (nicht nur aus Systemrelevanz). Für diese Fälle braucht es Gefährdungsbeurteilungen, Restrisikobetrachtung und darauf basierende verpflichtende Hygiene-, Sicherheits- und Schutzkonzepte für Kinder und Fachkräfte
- Wir erwarten, dass sofort Investitionen für Eltern mit Kindern in der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege getätigt werden, um im Pandemiebetrieb für alle (inkl. KiTa Lehrkräfte) Sicherheit zu gewährleisten ein Notbetrieb mit Augen zu und durch ist unzumutbar.
- Beiträge und sonstige Zahlungen (Essensgeld) ohne Gegenleistung sind selbstverständlich nicht zu erheben bzw. unverzüglich zurückzuerstatten

- Eine Erhöhung des Personalschlüssels, Leitungsfreistellung bzw. Gruppenverkleinerungen sind notwendige Lehren aus dieser Pandemie und unverzüglich zu initiieren

Sollte den Kindern die Bildung aber verwehrt bleiben (Kitas geschlossen) benötigen wir einen **harten Lockdown** für alle Bereiche in Deutschland damit die Infektionszahlen durch Kontaktreduzierung in ALLEN Bereichen gesenkt werden.

(z.B. keine Produktion von nicht lebensnotwendigen Gütern (Autoindustrie, Schiffe etc.), keine „click- and collect“-Angebote von nicht lebensnotwendigen Gütern (Möbel, Kleidung etc.), keine Ausnahmen für z.B. Profisportler (Fußball, Handball, Wintersport etc.)).

Einmal mehr müssen wir jedoch feststellen, dass Arbeitnehmer mit Kindern finanziell nicht mehr nur schlechter gestellt sind, sondern in existenzielle Bedrohung durch den Wegfall der Betreuung kommen. Diese müssen immer auch Ihre Kinder mitfinanzieren, behüten und organisieren. Die gewählten, politischen Akteure dürfen nie vergessen, wie stark sich die momentanen Einschränkungen insbesondere auf die Familien mit Kindern auswirken.

Kinder sind unsere Zukunft. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken.

In die kleinste Institution des Staates muss investiert werden, damit die Kinder von Heute die Familien von Morgen gründen, gerne in diesem Land leben, gut ausgebildet sind und mit ihrer Arbeitskraft die Renten von Morgen erwirtschaften können. Kurz gesagt das Fundament des Staates bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,  
Die Bundeselternsprecher\*innen

Axel Brieger

Janine Herzberger

Stéphane Lacalmette

Katharina Queisser

Dr. Asif Stöckel-Karim